

Antrag

**des Abgeordneten Erique d`Arnim-Charnas und
der ESP-Fraktion**

Ausbau der diplomatischen Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

A. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Diplomatische Beziehungen stellen die Grundlage aller auswärtigen Bemühungen und Interessenvertretung jedes demokratischen Staates dar. Zwischenstaatlicher Diskurs ist notwendig, um Brücken zwischen Staaten, Kulturen und Ländern zu bauen und somit kriegerischen Auseinandersetzungen entgegenzuwirken.
2. Deutsche Auslandsvertretungen sind als feste Ansprechpartner überall in der Welt Repräsentanten des deutschen Staates. Sie vertreten die Interessen unseres Volkes im Ausland und helfen aktiv bei der Verständigung mit Menschen, die unserer Hilfe und Unterstützung suchen oder während Auslandsreisen auf behördliche Leistungen angewiesen sind und der Bewältigung von herausfordernden zwischenstaatlichen Spannungen.
3. Diplomatie ist als vollkommen friedliches Mittel zur Ausübung, Vertretung und Durchsetzung eigener Interessen und Ziele, insbesondere hinsichtlich der Achtung der unveräußerlichen Menschenrechte und völkerrechtlicher Verträge sowie des Friedens, notwendig und allen anderen Mitteln vorzuziehen.
4. Sanktionen sind ein nachgeordnetes, aber notwendiges Mittel der Diplomatie, um Regimen Zugang zu sicherheitsgefährdender Technologie zu verhindern. Sanktionen müssen jedoch immer im Einklang mit den Menschenrechten und der Versorgungssicherheit des betroffenen Staates stehen. Sanktionen, die hauptsächlich der Bevölkerung eines Landes schaden oder sich gegen Systeme richten, die keine Bedrohung für den Frieden oder die Menschlichkeit darstellen, sind abzulehnen.

B. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Machbarkeit der Eröffnung ständiger Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Bangui (Zentralafrikanische Republik) und Port Moresby (Papua-Neuguinea) zu prüfen. Wird diese festgestellt, wird die Bundesregierung aufgefordert, Verhandlungen über dauerhafte diplomatische Vertretungen aufzunehmen.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unter Einbezug der seit dem Ende der Coronapandemie veränderten Ausgangslage, Verhandlungen über die Möglichkeit zur Nachbesetzung der Deutschen Botschaft in Pjöngjang aufzunehmen.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den vollständigen Katalog momentaner Sanktionen, insbesondere solcher, die landwirtschaftliche Produkte und Nahrungsmittel betreffen, auf die Vereinbarkeit mit dem Wohlergehen der Menschen im betroffenen Staat zu prüfen und über die Ergebnisse Bericht zu erstatten.

Berlin, den 21. März 2025

gez. Erique d'Arnim-Charnas

und die ESP-Fraktion